

Sichere Wege zu den Grundschulen

Ein Beispiel aus Johannisthal



Die Sicherheit von Grundschülerinnen und Grundschulern ist uns allen sehr wichtig. Zugleich gibt es auf den Wegen zu den jeweiligen Schulen immer wieder Probleme mit der Verkehrssicherheit. Nachdem sich einige Eltern und Großeltern an mich gewandt hatten und auf die Probleme entlang der Wege zur Grundschule am Ginkobaum geschildert hatten, schaltete ich mich ein.

Besonders an den beiden vorhandenen Zebrastreifen auf dem Sterndamm kommt es immer wieder zu Gefahrensituationen, da einfach viel zu oft viel zu schnell gefahren wird. In der Regel sind dies „dicke Bretter“, die man im Kampf für mehr Verkehrssicherheit durchbohren muss. In diesem Fall hatte ich mehr Glück.

Die Senatsverwaltung hat beschlossen, dass für den Sterndamm im Bereich der Kurve (Sterndamm 135 bis 140) wieder Tempo 30 angeordnet wird. Ebenso wird in

Fahrtrichtung Stubenrauchstraße wieder das Schild "Achtung Fußgängerüberweg" errichtet. Auch an der Straßenecke Sterndamm / Lindhorstweg wird ein solches Verkehrszeichen aufgestellt.

Am Zebrastreifen Sterndamm Ecke Mege-
destraße wird besonders gern viel zu schnell gefahren. Ebenso werden oftmals bis an den Zebrastreifen heran Fahrzeuge abgestellt, sodass die Sicht auf den Sterndamm eingeschränkt wird. Das Abstellen der Autos ist bereits verboten. Um die Querung des Sterndamms sicherer zu machen, wird an diesem Zebrastreifen ebenfalls Tempo 30 angeordnet. Ebenso wird das Schild "Achtung Fußgängerüberweg" als Markierung auf die Fahrbahn aufgebracht werden.

Hierdurch sollten die Zebrastreifen auch für ortsunkundige Autofahrerinnen und Autofahrer besser erkennbar sein.

Bessere Anbindung des Kiezes gefordert

Über 600 Unterschriften für die Verlängerung des 365er

Durch Wohnungsneubau, Nachverdichtung und Aufstockung werden entlang der Straße An der Wuhlheide in Oberschönweide immer mehr Menschen leben. Schon heute sind die Straßenbahnen überfüllt und erreichen ihre Kapazitätsgrenzen. Zugleich sind die Haltestellen der Straßenbahn gerade für ältere Menschen sehr weit entfernt.

Grundsätzlich gilt: Damit mehr Anwohnerinnen und Anwohner ihr Auto stehen lassen oder aber sich am besten erst gar kein Auto zulegen, brauchen wir eine bessere Anbindung durch Bus, Straßenbahn, S-Bahn oder gar U-Bahn.

Die derzeitige Linienführung der Buslinie 365 zwischen dem S-Bahnhof Baumschulenweg und Oberschönweide ist eine tolle Anbindung für die Anwohnerinnen und Anwohnern im westlichen Teil von Oberschönweide. Die Verlängerung dieser Buslinie entlang der Straße An der Wuhlheide bis zur Weißkopfstraße/ Parkstraße wäre eine sinnvolle Ergänzung und würde auch den dortigen Anwohnerinnen und Anwohnern den Weg zur S-

Bahn verkürzen. Zudem wäre Oberschönweide so erstmal komplett von Bus und Straßenbahn erschlossen.

Meine Arbeit in den letzten Jahren hat gezeigt, dass ich auch als Abgeordneter manchmal nur wenig bewegen kann. Anders sieht es aus, wenn öffentlicher Druck und politische Forderung zusammen kommen. Daher habe ich im Februar und März in Oberschönweide Bürgeranschreiben verteilt, mit denen ich für eine Unterschrift für die Verlängerung der Buslinie 365 werbe. Gerichtet sind die gesammelten Briefe mit den Unterschriften der Anwohnerinnen und Anwohner an die Senatorin Günther und den Vorstand der BVG.

Das Feedback ist enorm: Innerhalb kürzester Zeit sind über 600 Unterschriften zusammengekommen. Diese werde ich nach überstandener Corona-Krise der BVG und der Senatsverwaltung überreichen und unsere gemeinsame Forderung nach einer vernünftigen Anbindung von Oberschönweide bekräftigen. Ich bin zuversichtlich, dass so wie bei dem Erhalt der Fährverbindung F11 gemeinsamer Druck zu Erfolg führen wird.

So können Sie mich erreichen:

Abgeordnetenhaus:

Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstraße 5
10117 Berlin
Tel.: 030 / 23 25 22 90

Wahlkreisbüro

Rathaus Johannisthal
Sterndamm 102
12487 Berlin
Tel.: 030 / 40 74 22 73

Bürgersprechstunde

Mittwochs, 14:30 - 16:30
SPD-Ansprechbar
Siemensstraße 15
12459 Berlin

wahlkreisbuero@lars-duesterhoeft.de | www.lars-duesterhoeft.de

Ansprechbar

Zeitung von Lars Düsterhöft

Für Sie im Abgeordnetenhaus von Berlin



Ausgabe 13 1. Quartal/2020

Solidarität in der Krise

Lieber Nachbarinnen und Nachbarn,

die Ausbreitung des Coronavirus und die damit einhergehenden Entwicklungen bestimmen derzeit unseren Alltag. Was noch vor wenigen Tagen undenkbar war, ist plötzlich Realität. Zugleich ist die Gefahr ungreifbar, was noch mehr verunsichert. Mir ist es wichtig, dass die Menschen nicht in Panik verfallen. Diese ist unbegründet und nicht hilfreich.

Die Gesundheit von Familienangehörigen, Freunden und Freundinnen steht an erster Stelle und deswegen ist es richtig, dass wir die Ausbreitung der Krankheit so weit wie möglich verhindern. Das öffentliche Leben wird heruntergefahren und auch wenn dies keinem wirklich gefallen kann, dann sollten wir trotzdem das Beste aus der Situation machen. Dies soll keine hohle Phrase sein, sondern tatsächlich die Prämisse für unser weiteres Handeln.

Die Auswirkungen spüren viele Menschen in ihrem Berufsleben und leider auch wirtschaftlich. Viele Arbeitnehmende und Selbstständige treffen die Einschränkungen, welche mit der Bekämpfung des Coronavirus einhergehen, schon jetzt extrem hart.

Der Senat ist derzeit damit befasst umfassende Hilfeangebote für Arbeitsnehmende, Unternehmen, Träger und Selbstständige zu erarbeiten. Die Unterstützung soll so unkompliziert und schnell wie möglich gezahlt werden.

Auch im Kleinen und in unserer direkten Nachbarschaft brauchen Menschen Hilfe. Wir sollten uns in unserer Nachbarschaft und unseren Kiezen gegenseitig helfen und die besonders gefährdeten Gruppen unterstützen und schützen. **Ich biete natürlich auch meine Hilfe an, dort wo Sie Unterstützung brauchen. Egal, ob jemand Medikamente aus der Apotheke braucht, oder Lebensmittel aus dem Supermarkt, rufen Sie mich an. Sie erreichen mich unter 0179/3934615 oder per Mail an lars.duesterhoeft@spd.parlament-berlin.de.**

Ich habe die Hoffnung, dass die Herausforderungen vor die uns das Coronavirus stellt mit Solidarität beantwortet werden. Grade in diesen Zeiten zeigt sich wie wichtig diese für unsere Gesellschaft ist.

Bitte halten Sie sich an die Vorgaben der Regierungsstellen und bleiben Sie gesund!

Ihr Lars Düsterhöft

Probleme bei der Flugzeugabfertigung

Dumping-Preise stoppen – Arbeitsbedingungen verbessern

Die Berliner Flughäfen haben nicht den besten Ruf und das liegt nicht nur am BER. Auch in Tegel und Schönefeld gibt es immer wieder Probleme mit langen Wartezeiten. Passagiere müssen lange in den Flugzeugen warten und auch bis das Gepäck ankommt dauert es teilweise ewig. Grund dafür sind die unzumutbaren Arbeitsbedingungen, Arbeitszeitmodelle und Vergütungsstrukturen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bodendienstleister.

Insgesamt drei Lizenzen vergibt die Flughafengesellschaft an unterschiedliche Firmen, die nebeneinander und gleichzeitig für die Flugzeugabfertigung zuständig sind. Alle drei gehen derzeit an private Unternehmen, die sich gegenseitig unterbieten und ein unüberschaubares Konstrukt an Subfirmen gegründet haben. Das Ziel ist stets dasselbe: notwendige Qualifikationen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter absenken, um so Löhne zu drücken. Unter der Prämisse von mehr Effizienz wurden Kosten zulasten der Beschäftigten immer weiter gesenkt. Die Beschäftigten leisten was sie können und verdienen den größten Respekt. Die Qualität der Leistungen allerdings sinkt, die Krankenstände sind hoch und die Motivation niedrig.

2022 werden diese Lizenzen neu vergeben. Dies ist die Chance hier regulierend einzugreifen und bessere Bedingungen für Fluggäste und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer herzustellen. Mein Ziel ist es nur noch zwei statt drei Lizenzen für die Bodenabfertigung zu vergeben. Zudem soll eines der beiden Unternehmen ein landeseigenes Unternehmen sein. Hierzu soll die Flughafengesellschaft ein eigenes Unternehmen

gründen, bzw. ein Unternehmen kaufen. Die Flughafengesellschaft muss ein viel stärkeres gesamtgesellschaftliches Interesse an einem stabilen Flugverkehr entwickeln. Daher muss auch sie wieder Einfluss auf die Qualität und Quantität dieser Schlüsseldienstleitung am Flughafen bekommen, um für gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne sorgen können.

Die Reduzierung der Lizenzen erfüllt auch die Voraussetzungen der entsprechenden EU-Verordnung. Mit einem landeseigenen Unternehmen könnten die Standards so gesetzt werden, dass sowohl die Qualität der Leistungen steigt und die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Daran muss sich auch das zweite private Unternehmen orientieren, sorgt aber gleichzeitig für Wettbewerb. Die Aufteilung der Lizenzen auf drei Unternehmen hatte auch zur Folge, dass ein Großteil der Beschäftigten nur in Teilzeit arbeiten konnten, dies würde mit meinem Vorschlag aufgebrochen werden.

An anderen Flughäfen wie Frankfurt oder München könnte man sich hier ein Beispiel nehmen. Beide sorgen seit Jahren mit eigenen Tochterunternehmen für stabile Abfertigungsprozesse und haben am Flughafen München zusammen mit dem Mitbewerber Swissport und der Gewerkschaft ver.di hohe Sozialstandards für Beschäftigte vereinbart, die auf alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf dem Vorfeld angewendet werden. Dazu leisten diese Unternehmen auch jedes Jahr einen positiven Beitrag zu den guten Betriebsergebnissen der Flughäfen.

Verkehrskonzept Schöneweide

Das ewige Warten auf Entscheidungen der Senatsverwaltung

Das allgemeine Schimpfen über die Arbeit der Berliner Verwaltung ist weit verbreitet, aber meistens nicht gerechtfertigt. Wenn es aber um das geplante Verkehrskonzept für Ober- und Nieder schöneweide geht, dann kann man jedoch nur verzweifeln.

Um den Verkehr und damit den Lärm aus den Wohngebieten rund um die Edison-, Siemens-, Brücken- und Spreestraße herauszuhalten, wurde 2017 die Minna-Todenhagen-Brücke eröffnet. Dies war auch die Chance den Straßenraum neu zu gestalten. Es ist ärgerlich, dass die Planung eines Verkehrskonzeptes für das Gebiet nicht gleichzeitig mit der Brückenfertigstellung erfolgt ist.

Leider ist die Senatsverwaltung aber auch gut zwei Jahre nach Fertigstellung nicht weiter. Ich habe mich dem Thema in den letzten Jahren angenommen und versucht über mein parlamentarisches Fragerecht Druck zu machen und Antworten zu bekommen. Ich habe allein von Januar 2019 bis Februar 2020 drei sogenannte schriftliche Anfragen gestellt. Keine dieser Anfragen wurde zufriedenstellend beantwortet und führten nur zu weiteren Fragen.

Die Antworten zeigen, dass in der Senatsverwaltung zu langsam an dem Thema gearbeitet wurde. Die Senatsverwaltung argumentiert, dass immer neue Rahmenbedingungen und fehlendes Personal die lange Planungszeit verursachen. Gleichzeitig wurden die genannten Termine für die Veröffentlichung der Ergebnisse nicht eingehalten. Erst in die-

sem Jahr wurden die Ergebnisse des Planungsprozesses vorgestellt. Ein Zeitplan für die Umsetzung? Fehlanzeige! Nach zwei Jahren Planungen gibt es keine Entscheidungen, wie wann welche Straßen umgebaut und vom Verkehr entlastet werden!

Es fällt schwer Menschen, die sich 2018 im Prozess der Bürgerbeteiligung eingebracht habe, zu erklären, warum es 2020 immer noch keine Ergebnisse gibt. Ich hätte mir eine Entscheidung gewünscht, damit die Ziele schnellstmöglich erreicht werden und wir einen lebenswerteren Kiez mit weniger Durchgangsverkehr, weniger Lärm, sicheren und grüneren Straßen bekommen.

Problematisch ist die lange Wartezeit auf eine Entscheidung für die BVG. Die Senatsverwaltung verweist zwar darauf, dass man sich in Abstimmungen befindet. Diese Abstimmungen laufen aber seit 7 Jahren! Die BVG hatte geplant die Straßenbahnschienen abgetrennt vom Rad- und Autoverkehr auf einem grünen Gleis einzurichten. Was eine deutliche Aufwertung der Edisonstraße (zwischen der Straße an der Wuhlheide und der Siemensstraße) darstellt hätte. Da die Senatsverwaltung aber bis heute keine Entscheidung getroffen hat, wird es diese grüne Gleis nun nicht geben. Denn die BVG ist an einen Zeitplan gebunden, um zukünftig größere, breitere, modernere und dringend notwendige Bahnen einsetzen zu können. Die Zeit für kreative stadtgestalterische Belange ist nun leider abgelaufen.

Trotz allem, ich werde weiter für die Verkehrsverminderung, für mehr Lärmschutz und mehr Verkehrssicherheit aller Verkehrsteilnehmer in Schöneweide kämpfen!

Reservierungsquote für Menschen mit Behinderung

Berlin muss Vorreiter bei der Inklusion werden

Nach der Schule beginnen viele Jugendliche mit einer Ausbildung. Ob im Handwerk, in der Industrie oder in der Verwaltung – es gibt vielfältige Möglichkeiten. Doch für Menschen mit Behinderungen ist es oftmals schwer einen regulären Ausbildungsplatz zu finden. Viel zu oft geht es nicht darum, was diese Jugendlichen wollen und können, die reine Vermittlung in irgendetwas steht im Vordergrund. Die Werkstätten für Menschen Behinderungen sind viel zu oft die Arbeitsstätte für Jahrzehnte.

Die Gründe liegen dabei nicht in der Behinderung, sondern in den Köpfen vieler Menschen: Vorurteile. Die Sorge, dass Menschen mit Behinderungen nicht leistungsfähig seien oder länger ausfallen könnten, hält sich trotz vieler gelungener Beispiele hartnäckig. Das Gegenteil ist der Fall: Menschen mit Behinderungen engagieren sich häufig im besonderen Maße und können gut mit ihrer Behinderung leben und arbeiten. Gerade wir als Land Berlin müssen mit gutem Vorbild vorangehen und Menschen mit Behinderungen einstellen und ausbilden. Damit wir als Vorbild für Unternehmen der Privatwirtschaft vorangehen, müssen wir die Anzahl der Auszubildenden mit Behinderungen im öffentlichen Dienst deutlich erhöhen.

Inklusion ist hier das Stichwort. Noch viel zu oft lernen junge Menschen mit Behinderungen Berufe in geschützten Bereichen kennen. Schutz und Hilfe sind gut, doch kommt nach drei Jahren oft der Praxis-Schock. Die Auszubildenden fühlen sich überfordert und die an sie gerichteten

Aufgaben können nicht erfüllt werden. Ich möchte, dass Menschen mit Behinderungen von Anfang an die reale Berufspraxis in der Ausbildung kennen lernen.

Der öffentliche Dienst bietet geradezu ein Biotop für inklusive Prozesse und eine Chance für den lernenden Menschen sowie für die Berliner Verwaltung. Wird schon ein junger Mensch mit Behinderungen innerhalb der Berliner Verwaltung ausgebildet, kennt man seine Fähigkeiten und kann ihn nach drei Jahren übernehmen. Der Auszubildende hat die reale Praxis kennen gelernt und weiß, was auf ihm zukommt. So begegnen wir dem Fachkräftemangel und setzten das Recht auf inklusive Arbeit um. Eine Win-Win-Situation für alle.

Damit es mehr Menschen mit Behinderungen für die Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst gibt, setzte ich mich in einem Antrag für eine verbindliche Reservierungsquote von Ausbildungsplätzen von 2% für Menschen mit Schwerbehinderungen ein. Darüber hinaus möchte ich, dass 5% aller Neueinstellungen für Menschen mit Behinderung reserviert werden. Damit möchte ich bewirken, dass mehr Menschen mit Behinderungen eine echte Chance bekommen. Zwar bemüht sich das Land Berlin seit Jahren darum, mehr Menschen mit Behinderungen auszubilden, doch stellt sich mit den bisherigen Maßnahmen nicht wirklich Erfolg ein. 2016 hatten von über 3.500 Auszubildenden nur 35 eine Behinderung. Ich möchte, dass das Ziel Inklusion ganz konkret und verbindlich umgesetzt wird.